



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2019

Fehlende Orientierung in den Grossbaustellen. Aktuelle Tendenzen in der strafrechtlichen und in der strafprozessrechtlichen Gesetzgebung

Jositsch, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-168926>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Jositsch, Daniel (2019). Fehlende Orientierung in den Grossbaustellen. Aktuelle Tendenzen in der strafrechtlichen und in der strafprozessrechtlichen Gesetzgebung. Jusletter:online.

Daniel Jositsch

Fehlende Orientierung in den Grossbaustellen

Aktuelle Tendenzen in der strafrechtlichen und in der strafprozessrechtlichen Gesetzgebung

Die Rechtskommissionen des National- und Ständerats stehen vor grösseren Baustellen. Bewältigen lassen sich solche Projekte im Milizsystem zeitlich nur nach dem Prinzip eines nach dem anderen. Deswegen haben sie sich zunächst der Revision des Sanktionenrechts angenommen. Nach dessen Abschluss sollten die Aktienrechtsreform, die Strafraahmenharmonisierung und dann die Revision der StPO folgen. Parallel dazu wollte sich die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats der Überarbeitung des Tatbestands der kriminellen Organisation und der Terrorismusbekämpfung widmen. Die Arbeiten sind ins Stocken geraten - die Mühlen der Gesetzgebung mahlen langsam.

Beitragsarten: Beiträge

Rechtsgebiete: Strafrecht; Strafprozessrecht

Zitiervorschlag: Daniel Jositsch, Fehlende Orientierung in den Grossbaustellen, in: Jusletter 11. Februar 2019

Inhaltsverzeichnis

1. Aktienrechtsreform
2. Strafraahmenharmonisierung
3. Kriminelle Organisation und Terrorismusbekämpfung

1. Aktienrechtsreform

[Rz 1] Mit der Aktienrechtsreform schlägt sich das Parlament seit Jahren herum.¹ Überlagert wurde diese zunächst von der so genannten *Abzockerinitiative*, die von Volk und Ständen angenommen wurde.² Unterdessen spielt die *Konzernverantwortungsinitiative*³ in die Revision des Aktienrechts hinein. Was Letztgenannte betrifft, so hat sich nach Gegenvorschlagsentwürfen je der Rechtskommission des Ständerats und des Nationalrats, die jeweils in der Schwesterkammer resp. -kommission auf wenig Gegenliebe gestossen sind, eine Subkommission der Rechtskommission des Ständerats des Themas angenommen. Sie wird versuchen, zu Beginn des laufenden Jahres einen tragfähigen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.⁴ Die Aktienrechtsreform selbst wurde von der Rechtskommission des Ständerats beraten und in der Wintersession 2018 dem Gesamtrat vorgelegt. Dort scheiterte das Projekt indes und wurde mittels eines Rückweisungsantrags an die Kommission zurückgeschickt. Diese hat nun zu entscheiden, wie sie weiter vorgehen möchte.⁵

[Rz 2] Das Strafrecht ist davon allerdings nur am Rande betroffen. Immerhin aber soll mit dem neuen Art. 154 StGB (Strafbarkeit der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung von Gesellschaften, deren Aktien an einer Börse kotiert sind) die Strafbestimmung, die bisher allein in der Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) war, in das Kernstrafrecht integriert werden, was dringend notwendig ist. Da die entsprechenden Strafnormen eigentlich nicht bestritten sind, würde einer Beratung und Inkraftsetzung nichts im Wege stehen. Da ihr Schicksal aber mit der Gesamtvorlage verknüpft ist, bleibt auch Art. 154 E-StGB mit dem Aktienrecht auf hoher See und wird vorläufig nicht in einen ruhigen Hafen einlaufen können.

2. Strafraahmenharmonisierung

[Rz 3] Die am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Revision des Sanktionenrechts hat eine fundamentale Diskussion über Sinn und Zweck der Geldstrafe, bedingten Strafe, der Strafraahmen generell mit deren Unter- und Obergrenzen etc. ausgelöst. Im Parlament wurden zahlreiche Vorstösse eingereicht, die im Jahr 2009 in einer Sondersession zum Strafrecht behandelt wurden. In der Folge wurde entschieden, im Rahmen einer gesamten Auslegeordnung eine Strafraahmenharmonisierung an die Hand zu nehmen. Im Jahr 2010 wurde ein erstes Projekt einer Vernehmlass-

¹ Siehe Geschäft Nr. 16.077, OR. Aktienrecht.

² Art. 95 Abs. 3 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101).

³ Siehe dazu Bundesamt für Justiz, Konzernverantwortungsinitiative, <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/wirtschaft/gesetzgebung/konzernverantwortungsinitiative.html>, alle Websites zuletzt besucht am 4. Februar 2019.

⁴ Geschäft Nr. 17.060, Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative.

⁵ Geschäft Nr. 16.077, OR. Aktienrecht, Beratung im Ständerat vom 11. Dezember 2018, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=44960>.

sung unterzogen und in der Folge überarbeitet. Im Jahr 2018 schliesslich hat der Bundesrat im Rahmen seiner Botschaft⁶ das Projekt dem Parlament vorgelegt.⁷ In der Zwischenzeit fand die erneute Revision des Sanktionenrechts statt, mit der zum Beispiel die kurzfristigen Freiheitsstrafen wieder eingeführt wurden. Ausserdem wurden im Parlament zahlreiche weitere Vorstösse eingereicht, die jeweils mit dem Hinweis auf die zu erwartende Strafraahmenharmonisierung beantwortet worden sind.

[Rz 4] Die Rechtskommission des Ständerats hat im Januar 2019 die Arbeiten zu diesem Grossprojekt schliesslich aufgenommen. Angesichts der langjährigen Vorgeschichte und der weitgehend konzeptionslosen Zusammenstellung verschiedener Anliegen (Anpassung von Mindest- und Höchststrafen, Strafraahmenanpassung bei Sexualdelikten, Strafraahmen bei Gewalt und Drohung gegen Beamte, Anpassung der Straftatbestände an das revidierte Sanktionenrecht) entschied die Rechtskommission, dass die Vorlage einer Subkommission zur Vorbereitung überwiesen wird. Auch diese mittlerweile zehnjährige Grossbaustelle wird das Parlament also noch einige Zeit beschäftigen.

3. Kriminelle Organisation und Terrorismusbekämpfung

[Rz 5] Der Bundesrat beabsichtigt einen Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen vom 16. Mai 2005 des Europarats zur Verhütung des Terrorismus (inklusive Zusatzprotokoll vom 22. Oktober 2015 zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus). Im Rahmen dieser Vorlage soll unter anderem der Tatbestand der *kriminellen Organisation* (Art. 260^{ter} StGB) angepasst und ein neuer Tatbestand *Anwerbung, Ausbildung und Reisen im Hinblick auf eine terroristische Straftat* (Art. 260^{sexies} E-StGB) geschaffen werden.⁸ Der Bundesrat schlägt dabei vor, auf Anregung der Strafverfolgung, namentlich der Bundesanwaltschaft⁹, den bereits als Vorfeldtatbestand konstruierten Art. 260^{ter} StGB noch auszudehnen. Einerseits soll in Ziff. 1 Abs. 1 auf das Kriterium der Geheimhaltung verzichtet werden, andererseits soll in Ziff. 2 die Unterstützung der Organisation generell, nicht nur bei Unterstützung in der verbrecherischen Tätigkeit, strafbar werden. Ausserdem soll explizit ein Terrorismustatbestand geschaffen werden (Abs. 2-neu), gemäss dem die Beteiligung an und Unterstützung von einer terroristischen Organisation mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden soll. Der Täter, der in der kriminellen resp. terroristischen Organisation eine dominierende Rolle ausübt, soll gemäss einem neuen Abs. 3 mit einer Mindeststrafe von drei Jahren und gemäss der Botschaft mit einer Höchststrafe von 20 Jahren bedroht werden.¹⁰ Nach dem neuen Art. 260^{sexies} E-StGB soll mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe sanktioniert werden, wer im Hinblick auf eine terroristische

⁶ Botschaft zur Harmonisierung der Strafraahmen und zur Anpassung des Nebenstrafrechts an das geänderte Sanktionenrecht vom 25. April 2018 (BBl 2018 2827) (nachfolgend: Botschaft).

⁷ Zur Geschichte der Vorlage siehe Botschaft (Fn. 7), 2835 ff.; zur Vorlage 1: Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafraahmen (BBl 2018 2959); Vorlage 2: Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Anpassung des Nebenstrafrechts an das geänderte Sanktionenrecht (BBl 2018 3009).

⁸ Botschaft (BBl 2018 6427) (nachfolgend: Botschaft OK) und Entwurf zu einem Bundesbeschluss (BBl 2018 6525) vom 14. September 2018 zur Genehmigung und zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie zur Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 (BBl 2018 6541) und Zusatzprotokoll vom 22. Oktober 2015 (BBl 2018 6559) zur Verhütung des Terrorismus.

⁹ Botschaft OK (Fn. 9), 6470.

¹⁰ Botschaft OK (Fn. 9), 6478 f.

Tat jemanden für eine solche Tat anwirbt, sich entsprechend dazu ausbilden lässt oder andere ausbildet und wer eine Reise mit entsprechender Motivation unternimmt. Bestraft werden sollen ausserdem die Organisation und die Finanzierung solcher Reisen.

[Rz 6] Die vom Bundesrat beabsichtigten Anpassungen des StGB zielen mithin auf eine massive Verlegung der Strafbarkeit im Bereich der organisierten Kriminalität resp. des Terrorismus in den Bereich der Vorbereitungshandlungen. Dabei stellen sich einige technische und vor allem grundsätzliche rechtspolitische Fragen. Nicht wirklich überzeugend erscheint die Argumentation, dass terroristische Organisationen resp. die Beteiligung und Unterstützung daran separat geregelt und teilweise anders bestraft werden müssen, als dies bei «normalen» kriminellen Organisationen der Fall ist. Dabei fällt auf, dass auch der Bundesrat einräumt, dass terroristische Gruppierungen eigentlich unter die Definition der kriminellen Organisation fallen würden.¹¹ Weiter ist zwar verständlich, dass die Strafverfolgungsbehörden sich das Leben gerne einfacher machen, aber ob dies eine grundsätzliche Ausweitung eines ohnehin sich im Vorfeld konkreter Straftaten bewegendes Delikts rechtfertigt, ist fraglich. Weiter wirkt die Strafandrohung von bis zu 20 Jahren für das Führungspersonal der Organisation (notabene ohne Berücksichtigung einer konkreten Straftat) massiv übertrieben. Art. 260^{sexies} E-StGB soll die Strafbarkeit im Bereich des Terrorismus noch weiter ins Vorfeld verschieben, soweit sie nicht schon ohnehin strafbar sind. Man fragt sich beispielsweise, worin der Unterschied zwischen dem Anwerben nach Abs. 1 lit. a der vorgeschlagenen Bestimmung und der bereits strafbaren Anstiftung liegt. Soweit eine Erweiterung der Strafbarkeit erfolgt, was namentlich mit der Sanktionierung von entsprechenden Reisen der Fall ist, muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob die Grenzen des blossen Gesinnungsstrafrechts überschritten sind.

[Rz 7] Zusammenfassend kann mithin festgestellt werden, dass auch in dieser Vorlage noch einiger Diskussionsbedarf besteht. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat daher einen Marschhalt beschlossen und die Beratungen vertagt, um die Vorlage zusammen mit der *Vorlage über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)*, die für Herbst 2019 erwartet wird, zu beraten.

DANIEL JOSITSCH ist Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Zürich und Ständerat.

¹¹ Botschaft OK (Fn. 9), 6477.